



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Zwei Zuschriften über die Kriegervereine

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

und zeitigt die verderblichsten Auswüchse. Es ist auch vielfach der Glaube verbreitet, alles Heil müsse von oben kommen, der Staat müsse helfen; dabei bedenkt man nicht, daß zunächst jeder auf sich selbst angewiesen ist und vor allem durch sich selbst seine Lage verbessern kann; und so kommt es, daß die Leute sagen: Geht es im Reichstage nicht mit dem einen, so versuchen wir es einmal mit dem andern. Hier setzen dann die Heizer den Hebel ein und erzeugen die Begriffsverwirrungen, wie sie bei den Wahlen zum Ausdruck kamen.

Das Tischtuch zwischen den Sozialdemokraten und dem monarchischen Volk muß freilich zerschnitten werden, die Scheidung muß reinlich sein. Das schließt aber nicht aus, daß man die Irregeleiteten durch entsprechende Einwirkung wieder auf den richtigen Weg bringen kann. In dieser Beziehung können wir noch viel von der katholischen Volkspartei und den Sozialdemokraten lernen. Die Welfen und Polen sind wohl kaum ernst zu nehmen, denn kein vernünftiger Mensch glaubt heutzutage noch an die Wiedererstehung des hannoverschen oder des polnischen Königreiches, ebenso wenig wie an die Auslieferung Elsaß-Lothringens an Frankreich.

In den Kriegervereinsatzungen steht obenan die Liebe für Kaiser, Fürst und Vaterland. Demnächst soll treue Kameradschaft gepflegt und das Andenken an die großen Thaten unsers Heeres lebendig erhalten werden. In Zeiten der Gefahr soll der Verein ein fester Kern sein mit dem Wahlspruch: Mit Gott für Kaiser und Reich. Endlich finden hilfsbedürftige Kameraden materielle Unterstützung. Diese Grundsätze dürfen aber nicht bloß auf dem Papier stehen, die Vereine müssen auch in diesem Sinne geleitet werden. Dazu gehört die umsichtige Kraft eines energischen, charakterfesten Mannes. Von gewisser Seite wird ferner versucht, die Kriegervereine in die Enge zu treiben und in falsche Bahnen zu drängen, indem gesagt wird, sie dürften keine Politik treiben. Dies ist grundfalsch, was auch General von Spitz in seiner Rede betont hat. Die Kriegervereine treiben zwar keine Parteipolitik, wohl aber nationale kaiserliche Politik. Für die nationalen Aufgaben des Reiches treten sie ein, denn in nationalen Fragen giebt es keine Parteien. Auf diesem Gebiete hat der Kriegerverein wesentliche Aufgaben zu erfüllen.

Um nun bei den Mitgliedern der Kriegervereine das Interesse für ihre ideale Aufgabe rege zu erhalten und zu fördern, müssen Männer, die als berufene Träger des militärischen Geistes und königstreuer Gesinnung ganz besonders geeignet sind, die Vereine in ihren Bestrebungen stützen. Es ist daher notwendig, daß Offiziere, Ärzte und Beamte des Beurlobtenstandes den Vereinen beitreten. Es wird hierbei darauf ankommen, kameradschaftlich mit Männern zu verkehren, die früher vielleicht Untergebne waren, und dabei doch immer das Ansehen zu wahren, das man als Offizier zu fordern berechtigt ist. Die Mitgliedschaft darf keine leere Form sein, sondern es muß die Neigung durchleuchten, sich um die Angelegenheiten des Vereins zu kümmern. In den Be-

ratungen sucht man, durch erfahrenen Rat in allen den Verein betreffenden wichtigen Angelegenheiten Einfluß und Vertrauen zu gewinnen. Das Vereinsleben spielt sich heutzutage, ohne zu übertreiben, im großen und ganzen derart ab, daß allmonatlich in einer Versammlung geschäftliche Angelegenheiten verhandelt werden, dann findet vielleicht noch eine Beratung über die Beteiligung an einer in Aussicht stehenden Festlichkeit statt und schließt mit einer mehr oder weniger farblosen Unterhaltung über Kirchturminteressen. Bei den Festlichkeiten selbst werden nach dem üblichen Umzuge und nach der Parade Reden von berufenen und ungerufenen Leuten gehalten, deren Eindruck meist nicht weiter reicht als die Dauer des Festes, weil sie mehr oder weniger über einen Leisten geschlagen sind. Es wird immer dasselbe Futter vorgesetzt, und dies stumpft den Geschmack ab. Im Gegensatz hierzu müssen diese Feste eine besondere Bedeutung dadurch erhalten, daß das Bewußtsein für Ehre und Pflicht immer wieder aufs neue geweckt und die militärischen Erinnerungen wieder wachgerufen werden.

Je mehr wir uns endlich von der großen Zeit des deutsch-französischen Krieges entfernen, je geringer die Zahl der Kriegsteilnehmer wird, umso mehr schwinden die unmittelbaren Überlieferungen, die die Mitkämpfer durch ihre persönlichen Schilderungen gegeben haben. Umso mehr müssen die Ereignisse jener Zeit dem Nachwuchs durch Wort und Schrift erhalten bleiben. Vor allem sei darauf hingewiesen, daß sich vor einiger Zeit in Berlin eine Vereinigung gebildet hat, die es sich zur Aufgabe macht, an Kriegervereine, Verbände usw. Büchereien gegen mäßige Entschädigungen abzulassen.*) Dann muß in den Vereinsversammlungen der geistig Höherstehende durch belehrenden Vortrag und anregende Unterhaltung den einfachen Mann zu sich emporheben. Er muß hinuntersteigen in das Dunkel und die Verwirrung der Anschauungen, um Klarheit und Licht zu verbreiten. Die hier errungenen Erfolge heben und festigen das moralische Bewußtsein mehr, als tausende von Festreden. Es ist keine Frage, daß nach dieser Richtung schon vieles besser geworden ist, namentlich auf dem Lande und an kleinern Orten. In den größern Städten herrscht jedoch z. B. unter den höhern Staatsbeamten, die Offiziere des Beurlaubtenstandes sind und waren, noch große Gleichgültigkeit. Diese Herren begnügen sich entweder mit der Zahlung ihres Beitrags oder gehören dem bezüglichen Ortsvereine gar nicht einmal an. Große Vereine von vierhundert und mehr Personen werden oft von Leuten geleitet, die ja durchaus achtbare, ehrenwerte, königstreue Männer sind, aber doch nicht auf der geistigen Höhe stehen, daß sie an erster Stelle wirken könnten. In diesem Sinne also bedarf das Kriegervereinswesen einer fortgesetzten Pflege und Aufmerksamkeit unter der treuen und aufopfernden Mitwirkung aller Stände. Keiner darf sich zu hoch

*) Kaiser Wilhelm dankt, Verein der Soldatenfreunde. Berlin W. 66, Leipzigerstraße 4.

dünken, einig müssen wir sein, einig zum Guten und Starken, einig zu dem, was die Grundlage der Staatsordnung ist, soll für die Folge der königstreue Sinn unter der Fahne der Kriegervereine nicht Schein, sondern Wirklichkeit sein!

S. M.

2

Erfreulich und anerkennenswert ist es, daß die staatlichen Behörden kräftig und nachdrücklich gegen die sozialdemokratischen Bestrebungen vorgehen, soweit sie von Personen gezeigt werden, die als Beamte oder als Arbeiter im öffentlichen Dienste stehen. Denn die ausgesprochenen und unausgesprochenen Ziele der bewußten Sozialdemokraten liegen außerhalb der staatlichen Ordnung, bekämpfen sie und wollen sie vernichten. Deshalb Unterdrückung der Führer der Bewegung, der Rufer im Streit! Hier ist auch polizeiliches Einschreiten, hier die Entziehung der äußern Lebensbedingungen gerechtfertigt, und vielleicht bringt es Erfolge. Aber gehören alle die, die bei den Wahlen sozialdemokratische Stimmzettel in die Urne legen, zu den Umstürzern? Nein, sie wollen die Besitzenden im Genuß ihrer rechtmäßig erworbenen Güter lassen, sie wollen nur ihre eigne Lage verbessern und glauben, befangen in süßer Täuschung, im Vertrauen auf die Möglichkeit größerer Glückseligkeit den Versprechungen der Volksverführer, die ihre letzten Ziele und ihren ganzen Eigennuß, ihre politische Herrschsucht zu verbergen wissen. Sie hören ja meist auch von den Vertretern der andern politischen Parteien nur Schlagworte, laute Klagen und lebhaftere Versprechungen, wie der Mittelstand erhalten und gehoben, wie dem landwirtschaftlichen Notstande abgeholfen werden solle und könne usw., hier so wenig wie dort finden sie Belehrung, sie hören dahin, wo die Sirenen gesungen am süßesten zu locken wissen. Ob es da richtig ist, die Kriegervereine zu nötigen, jeden, der einmal sozialdemokratisch gewählt hat, auszuschließen, ihn dem sonst (und nicht mit Unrecht) so gerühmten Einfluß des Kriegervereins zu entziehen? Ist es nicht bedenklich, damit mittelbar die erziehende, werbende Kraft der Kriegervereine zu leugnen, aber die Kraft der sozialdemokratischen Ideen, die in dem Wähler noch gar nicht einmal Fleisch und Blut geworden sind, zu überschätzen? Ist es nicht noch bedenklicher, mühsam auskundschaften zu wollen, welche Personen sich unter dem Schutz des allgemeinen Wahlrechts für den Sozialdemokraten erklärt haben, aber doch noch nicht für den Umsturz der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung? Ist das nicht gefährlich, weil es zum Sykophantentum führt, zu der Untergrabung alles Vertrauens, zu der Überzeugung, es liege ein Staatsstreich in der Luft?

Ist nicht die scheinbare Furcht vor der Sozialdemokratie allzugroß? Muß diese Furcht nicht den Führern der staatsfeindlichen Parteien eine Verstärkung ihres Einflusses bringen, neue Kampflust und Siegeszuversicht? Und was geschieht, um die bethörten Massen zurückzugewinnen? Es ist doch herzlich

wenig! Die Sozialreform ist eingeschlafen oder auf einem toten Geleise angekommen. Die bürgerlichen, staatserkhaltenden Parteien und ihre einzelnen Anhänger haben wohl Worte, aber keine Thaten! Nichts kommt der sozialdemokratischen Bewegung mehr zu statten, als wenn sie Märtyrer findet, die unverstandnen obrigkeitlichen Maßregeln zum Opfer gefallen sind.

Daß in den Kriegervereinen sozialdemokratisch wählende Mitglieder sind, läßt sich kaum hindern, denn wie viele neigen sich der Sozialdemokratie zu vor dem militärpflichtigen Alter, und bei wie wenigen vermag wohl die Dienstzeit mit der von diesen Unzufriednen nur als Zwang empfundenen Disziplin eine Umkehr zu bewirken. Wer behauptet, daß das Heer von sozialdemokratischen Einflüssen frei und unberührt sei, ahmt den Vogel Strauß nach und will nicht sehen, was offenkundig ist. Wer aber meint, durch äußere Mittel die Sozialdemokratie vernichten zu können, der verkennt die Lehren der Geschichte.

Die Furcht vor der Sozialdemokratie ist übertrieben und trübt nur zu oft das politische Urteil. Ist es begreiflich, daß bei Stichwahlen zwischen Sozialdemokraten und Freisinnigen Richterscher Richtung Konservative für diese eintreten, statt sich der Abstimmung zu enthalten? Muß das nicht die Sozialdemokratie heben und selbstbewußter machen? Vergißt man denn ganz, daß wir keine Parlamentsherrschaft haben, sondern die machtvolle Regierung der zum Deutschen Reich verbündeten Staaten? Würden nicht selbst oder gerade dann, wenn eine sozialdemokratische Reichstagsmehrheit Unmögliches beschließen und Unerläßliches ablehnen sollte, dem Volk die Augen aufgehen, und würde nicht dann die Vernunft die Dinge zu schnellem Umschwung führen müssen?

Niemand kann leugnen, daß sich die sozialdemokratische Partei zu einer bürgerlichen, d. h. auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung arbeitenden Partei zu mausern im Begriff steht: es kommt doch hier nur auf Thaten, nicht auf gelegentliche bramarbasirende Äußerungen oder Pläne einzelner an. Auch andre Parteien wissen ihre letzten Wünsche zu verbergen und verlangen, nur nach ihren Thaten beurteilt zu werden. Reaktion ist unzweifelhaft bei vielen Politikern des Herzens Wunsch; sie sehen nur die Unmöglichkeit ein, ihn durchzuführen, und lehnen ihn deshalb offiziell ab. Überall soll der Grundsatz gelten: „Gedanken sind zollfrei.“ Lasse man ihn auch für Sozialdemokraten gelten, solange sie innerhalb unsrer staatlichen Ordnung bleiben.

